

Wittgensteiner Zeitung

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postfach Nr. 404 49 Amt Alts.

Nummer 198

Preisprophet Nr. 1

Laasphe, Mittwoch den 26. August 1931

56. Jahrgang

England und wir.

Der Rücktritt des englischen, aus der Arbeiterpartei hervorgegangenen Ministeriums Macdonald wird in der ganzen Welt lebhaft besprochen und findet insbesondere auch in Deutschland erhebliches Interesse. Dieses deutsche Sonderinteresse erklärt sich aus unserer schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage. Auf beiden Gebieten wird es nur dann eine Erleichterung geben, wenn das Ausland irgendwie mithilft. Dabei mußten wir einige Hoffnungen auf England setzen, da Frankreich bei seiner bekannten engstirnigen politischen Einstellung für eine Neuordnung der europäischen Verhältnisse auf absehbare Zeit doch nicht in Frage kommt. Wie konnten diese Hoffnungen auch hegen, denn das Kabinett Macdonald hat die englische Außenpolitik in einer ganzen Reihe von Fällen aus dem französischen Schlepptau zu lösen verstanden, in das sie allmählich hineingeraten war.

Das arbeitgeberparteiliche Kabinett Macdonald war seit Juni 1929 im Amt. Es löste damals das konservative Ministerium ab, dessen Chef Baldwin und dessen Außenminister Chamberlain waren. Gerade diese Regierung Chamberlain war es, die die englische Außenpolitik in völliger Abhängigkeit von der französischen führte. Das war damals auch mit ein Grund für die konservative Wahlüberlegenheit, die dann zum Rücktritt des Kabinetts führte. Macdonald und sein Außenminister Henderson haben außenpolitisch größere Selbstständigkeit und Aktivität gezeigt. Sie haben insbesondere den Mut gehabt, auch dort ihren eigenen Standpunkt zu betonen, wo sie damit in Gegensatz zu Frankreich kommen mußten. Das war vor allem in der Abrüstungsfrage der Fall. Hier hat die arbeitgeberparteiliche englische Regierung in weitgehender Übereinstimmung mit Deutschland im Völkerverbund gegen Frankreich gestanden, dessen Taktik bekanntlich auf eine Sabotierung der allgemeinen Abrüstung hinauszielte. Die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz durch den Völkerverbund für das Frühjahr 1932 ist ganz gewiß kein übermäßig glücklicher Erfolg der Abrüstungsarbeit — aber selbst dieses höchst bescheidene Ergebnis der Genfer Verhandlungen wäre wohl kaum möglich gewesen, wenn sich nicht England energisch dafür eingesetzt hätte. Man hat deshalb auch in Genf den damaligen englischen Außenminister Henderson zum Vorsitzenden dieser Abrüstungskonferenz ernannt. Ob er es tatsächlich werden wird, wenn er nicht mehr Außenminister ist, bleibt abzuwarten.

Ähnlich wie in der Abrüstungsfrage liegen die Dinge in der Frage der Reparationen. Zwar hat auch der Schatzkanzler Snowden bei den Haager Reparationsverhandlungen scharf darüber gewacht, daß der englische Anteil an den Reparationszahlungen nicht geschnitten wird, aber bei allen späteren Erörterungen des großen Fragenkomplexes der deutschen Tributzahlungen haben Macdonald und seine Mitarbeiter niemals eines sturen Festhaltens an den Verträgen verlangt, das in Frankreich Grundlag der Außenpolitik geworden ist. Man erinnert sich noch an den deutschen Ministerbesuch in Chequers, bei dem Macdonald und Henderson großes Verständnis für die deutschen Wünsche gezeigt haben. England hat sich auch sofort mit dem Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Hoover auf Einsetzung eines Zahlungsauflages einverstanden erklärt.

Und nun? An die Stelle des bisherigen Kabinetts Macdonald tritt ein neues, das ebenfalls von Macdonald geführt wird. Aber seine Zusammensetzung ist anders. Bisher waren die Minister ausschließlich der Arbeiterpartei entnommen. Jetzt ist es eine Regierung der „nationalen Konzentration“, ein Kabinett also, in dem alle drei Parteien (glückliches England, das nur drei Parteien hat): Arbeiterpartei, Konservative, Liberale vertreten sind. Da der äußere Anstoß zum Regierungswechsel Fragen finanzieller Natur waren, wird sich das neue Kabinett in erster Linie diesen Fragen zuwenden, d. h. es wird sich bemühen, den englischen Staatsschatz ins Gleichgewicht zu bringen. Schon daraus ergibt sich, daß die außenpolitischen Dinge — soweit es nicht solche sind, die England auf den Nägeln brennen — in den Hintergrund treten werden. Aber auch hier wird der Eintritt von Vertretern der beiden anderen Parteien in die Regierung wahrscheinlich mehr als Hemmnis hinsichtlich der außenpolitischen Aktivität wirken, insbesondere, wenn es sich um Fragen wie die Abrüstung handelt. Französische und amerikanische Blätter stellen auch bereits fest, daß durch den Regierungswechsel die Beziehungen Englands zu Frankreich sich günstiger gestalten würden. Das bedeutet aber selbstverständlich, daß die Beziehungen zu Deutschland im selben Maße kühler oder lockerer werden. Dafür hat England allerdings die Aussicht, bald eine amerikanisch-französische Anleihe zu bekommen.

Aber nicht nur die außenpolitische Bedeutung des englischen Regierungswechsels interessiert stark in Deutschland, auch die parteipolitische Seite des Vorgangs verdient Beachtung. Wir sehen wieder einmal, die vollkommen verschiedenartig gelagerten Parteienverhältnisse drüben und bei uns. In England stellen sich, wenn es gilt der Forderung des Staates abzuwehren, alle Parteien, auch die bisherige Opposition bereitwillig zur Mitarbeit zur Verfügung. Und der Führer der Opposition Baldwin, der früher selbst Minister war, tritt in ein Kabinett ein, dessen Führer Macdonald ist, derselbe Macdonald, den er bisher scharf bekämpft hat. Wäre etwas Derartiges bei uns auch nur vorstellbar? Weiter ist bemerkenswert, daß Macdonald (und einige seiner Mitarbeiter, darunter der bisherige Finanzminister Snowden) sich von ihrer Partei trennen, weil an sie der Ruf ergeht, sich dem Staate in einer schwierigen Situation zur Verfügung zu stellen. Auch das wäre in Deutschland nicht gut möglich. Die Verhältnisse, die in dieser Beziehung in England herrschen, scheinen uns weit gesünder als die unsrigen.



Regierungskrise in England.

Die englische Arbeiterregierung ist zurückgetreten. Macdonald soll nunmehr an die Spitze eines aus allen Parteien gebildeten nationalen Koalitionskabinetts treten. Hier sehen wir (von links nach rechts) Staatssekretär Adamson, Außenminister Henderson und George Lansbury nach Beendigung der kritischen Kabinettsitzung.

Die neue engl. Regierung

London, 26. August.

Dienstagabend wurde die neue Ministerliste amtlich bekanntgegeben. Das Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen:

Ministerpräsident: Macdonald (Arbeiterpartei), Schatzkanzler: Snowden (Arbeiterpartei), Präsident des Staatsrates: Baldwin (Konservativ), Außenminister: Lord Reading (Liberal).

Minister für die Dominien und für die Kolonien: Thomas (Arbp.), Lordkanzler: Lord Sankey (Arbeiterpartei), Innenminister: Sir Herbert Samuel (Liberal), Minister für Indien: Neville Chamberlain (Kons.), Handelsminister: Sir Philip Cunliffe-Lister (Kons.), Erster Lord der Admirals: Sir Austen Chamberlain (Kons.).

Der Präsident des Staatsrates, Baldwin, ist Führer der Regierungsparteien im Parlament.

Das neue Kabinett hat zehn Mitglieder: vier Vertreter der Arbeiterpartei, vier Konservative und zwei Liberale. Es ist seit vielen Jahren das kleinste Kabinett, abgesehen von dem Kriegskabinett von sechs bis acht Persönlichkeiten. Ein weiteres Merkmal des neuen Kabinetts ist, daß alle sogenannten „Ausgabenministerien“, mit Ausnahme des Wohlfahrtsministeriums, nicht in das Kabinett eingeschlossen worden sind.

Die Liste des neuen Kabinetts bietet im übrigen keine Überraschungen. Sie entspricht im wesentlichen den im Laufe der letzten Tage gemachten Voraussetzungen.

Die Parlamentsfraktion der Labour Party hat zum Freitag eine Versammlung einberufen, in deren Verlauf Macdonald vermutlich die Parteileitung niederlegen wird und der Nachfolger zu wählen ist.

Das erste Zeichen für die zwischen Konservativen und Liberalen abgeschlossene Waffenruhe ist die Nachricht, daß der für die Ersatzwahl in Guildford aufgestellte liberale Kandidat seine Kandidatur zurückgezogen hat, womit die Wahl des Konservativen gesichert ist. Baldwin hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er heißt: Die Konservativen beteiligen sich an der nationalen Regierung nur zu dem ausdrücklichen Zweck, das Budget ins Gleichgewicht zu bringen und das Vertrauen zum breiteren Kredit wieder herzustellen. Es ist keine Rede von einer dauernden Koalition. Wenn die nationale Regierung ihre Aufgabe erledigt hat, wird, wie verlautet, das Parlament aufgelöst werden, sobald die Umstände es gestatten. Dann wird es jeder Partei freistehen, der Wählerchaft ihre Politik zu unterbreiten.

Verfügung. Und der Führer der Opposition Baldwin, der früher selbst Minister war, tritt in ein Kabinett ein, dessen Führer Macdonald ist, derselbe Macdonald, den er bisher scharf bekämpft hat. Wäre etwas Derartiges bei uns auch nur vorstellbar? Weiter ist bemerkenswert, daß Macdonald (und einige seiner Mitarbeiter, darunter der bisherige Finanzminister Snowden) sich von ihrer Partei trennen, weil an sie der Ruf ergeht, sich dem Staate in einer schwierigen Situation zur Verfügung zu stellen. Auch das wäre in Deutschland nicht gut möglich. Die Verhältnisse, die in dieser Beziehung in England herrschen, scheinen uns weit gesünder als die unsrigen.

Die Opposition der Arbeiterpartei.

Wie verlautet, hat ein Gerücht, wonach die New Yorker Bankiers die Gewährung zusätzlicher Kredite an England von Abstrichen in der Arbeitslosenversicherung abhängig gemacht hätten, die Opposition gegen die neue Regierung innerhalb der Arbeiterpartei verstärkt.

Die radikalsten Mitglieder der Arbeiterpartei haben schon immer erklärt, daß sich die Bankiers in unzulässiger Weise in Angelegenheiten der Verwaltung einmischen. Das erwähnte Gerücht muß daher zur Folge haben, daß die Forderung der Extremisten nach einem vollkommen sozialistischen Programm, das u. a. auch eine Nationalisierung der Banken vorsieht, in weitestgehendem Maße Unterstützung findet. Man hält es für sicher, daß Macdonald, Snowden, Sankey und alle Arbeiterparteiliche, die gegen diese Forderungen sind, aus der Partei ausgeschlossen werden.

London, 26. Aug. Die Parlamentsfraktion der Labour Party hat zum kommenden Freitag eine Versammlung einberufen, in deren Verlauf Macdonald vermutlich die Parteileitung niederlegen wird und der Nachfolger zu wählen ist. Der Nationalrat der unabhängigen Arbeiterpartei ist zurzeit damit beschäftigt, eine Kundgebung abzufassen, in der die Regierung in schärfster Weise beschuldigt wird, sich an den Löhnen und Arbeitsbedingungen vergangen zu haben.

Auf Befehl Amerikas?

„Daily Herald“, das Organ der Arbeiterpartei, bringt das Gerücht, daß amerikanische Bankiers bei der innerpolitischen Krise eine Rolle gespielt hätten, in großer Aufmachung. Die zurückgetretene Regierung sei von der Bundesreservebank in New York verständigt worden: sie sei nur bereit, der Bank von England weitere große Kredite zu gewähren, wenn erhebliche Abstriche an der Arbeitslosenversicherung vorgenommen würden.

Dieses New Yorker „Ultimatum“ habe wesentlich dazu beigetragen, das Kabinett in der Frage der 10prozentigen Verminderung der Arbeitslosenunterstützung zu entweichen und die Klust sei noch erweitert worden durch das Drängen der Bank von England, die auf den Notwendigkeit der Kredite sogar unter den genannten Bedingungen beharrt hätte. Hinter der Forderung der amerikanischen Bankiers stehe die Befürchtung, wegen der in den Vereinigten Staaten zunehmenden Forderung nach Einführung eines ähnlichen Arbeitslosenversicherungssystems.

Soweit der „Daily Herald“ die Richtigkeit seiner Meldung wird natürlich schwer nachzuprüfen sein. Tatsache ist aber, daß die New Yorker Presse das Koalitionskabinett begrüßt, und daß die amerikanischen Blätter schreiben, nach ihrer Auffassung würde der britische Finanzkredit nicht unerheblich gesteigert werden, wenn das neue Kabinett sich dazu entschloße, die Arbeitslosenunterstützung soweit herabzusetzen, daß, wie ein hervorragender Amerikaner bei seiner Rückkehr aus England kürzlich gesagt habe, „die Arbeitslosen nicht besser lebten, als der Durchschnitt der arbeitenden britischen Bevölkerung.“

„Newport Times“ geben der Meinung Ausdruck, daß die neue britische Regierung binnen 24 Stunden einen bedeutenden privaten Bankkredit in den Vereinigten Staaten erhalten könne. „Gerald Tribune“ sagt, ein Kredit bis zu 400 Millionen Dollar oder mehr könne unverzüglich zur Verfügung gestellt werden.

Katastrophale Lage der englischen Kohlenförderung.

London, 25. August.

Der von den Bergwerksbetreibern veröffentlichte Bericht über die Kohlenförderung im Jahre 1930 ergibt ein alles andere als freundliches Bild, obwohl, wie betont wird, die Lage in einigen der Hauptproduktionsländer schlimmer war als in England. Die Depression der Industrie wirkte sich in gleichem Maße auf die Ausfuhr und den heimischen Verbrauch aus. Die Zusammenlegung von Bergwerksunternehmen wurde weiter fortgesetzt und erstreckte sich im vergangenen Jahre auf 88 Bergwerke mit einer normalen Belegschaft von 46 500 Arbeitern.

Die Kohlenförderung Großbritanniens betrug nahezu 244 Millionen Tonnen oder 14 Millionen Tonnen weniger als im Jahre 1929, dessen Ziffern über dem letzten Durchschnitt lagen. Der verhältnismäßig größte Rückgang wurde in den wichtigsten Exportbezirken verzeichnet.

Börse-Wiedereröffnung

Eröffnungstag 3. September.

Berlin, 25. August.

Der Börsenvorstand Abteilung Wertpapierbörse hat eine Bekanntmachung beschlossen, in der es u. a. heißt:

Die Berliner Wertpapierbörse wird am 3. September 1931 für den Verkehr in Wertpapieren, in- und ausländischen Wechseln und ausländischen Zahlungsmitteln wieder eröffnet. Ein Terminhandel und ein Handel mit fortlaufenden Notierungen finden nicht statt. Die Feststellung des Kassaeinheitskurses beginnt um 12.15 Uhr. Der Handel zu

anderen Kursen sowie das Ausrufen abweichender Kurse in den Börsenträumen sind bis auf weiteres verboten.

Des ferneren wurde beschlossen, durch eine Anweisung an die Notierungskommission gegen die Feststellung unsachgemäßer Kurse Vorkehrungen zu treffen. Nach dieser Anweisung wird in Fällen, in denen der festzustellende Kurs von dem letztnotierten Kurs derart abweicht, daß der Kursunterschied unter Berücksichtigung des gesamten Kursniveaus in der allgemeinen Marktlage keine Begründung findet, die Notiz gestrichen werden.

Boykott deutscher Waren.

Ein Beschluß der südchinesischen Stadt Kanton.

London, 25. August.

Das Nachrichtenbüro Reuters meldet aus Kanton: Auf einer Massenversammlung, die von der örtlichen Kuomintang (Parteilitung der Regierungspartei) abgehalten wurde, wurde die Entschliebung gefaßt, deutsche Waren zu boykottieren. Zur Durchführung dieses Beschlusses wurde eine besondere Kommission eingesetzt.

Als unmittelbare Ursache dieser unfreundlichen Haltung Kantons gegen Deutschland wird die angebliche Sendung von Waffen und Munition im Werte von 8 Millionen Dollar an Tschiangkai-sche angegeben, die kürzlich mit einem nach Schanghai bestimmten deutschen Dampfer erfolgt sein soll. Deutschland wird ferner beschuldigt, die Zentralregierung in Nanjing durch Entsendung von über 100 militärischen Ratgebern zu unterstützen, die, wie in der Versammlung erklärt wurde, beauftragt seien, die Armee der Nanjing-Regierung im Gebrauch von Giftgas im Kampf gegen die Regierung von Kanton zu unterweisen.

Die Meldung stammt, wie eingangs erwähnt, aus englischer Quelle. Man darf annehmen, daß Engländer an dem Zustandekommen der Boykottbewegung nicht ganz unbeteiligt sind, weil sie den chinesischen Markt beherrschen wollen. Die Stadt Kanton ist der Sitz des Widerstandes gegen die chinesische Zentralregierung in Nanjing, an deren Spitze der Diktator Tschiangkai-sche steht. Daß die deutsche Regierung ihn unterstützt, wurde schon oftmals dementiert.

Deutscher Protest.

Berlin, 25. August.

Zu dem Boykottbeschluß in Kanton wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß das Auswärtige Amt Protest erhoben und der Kanton-Regierung mitgeteilt hat, daß die deutsche Regierung sie für alle Folgen dieses Boykott-Beschlusses verantwortlich machen werde.

In hiesigen politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß das Vorgehen der Kanton-Regierung gegen den deutschen Handel völlig unhaltbar und ungerechtfertigt ist, schon aus dem Grunde, weil auch andere Länder Waffenlieferungen nach China unternommen und militärische Berater entsandt haben. Es handelt sich im übrigen nicht um eine Waffenlieferung aus Deutschland, sondern um die Charterung eines deutschen Dampfers für ausländische Rechnung.

Dem Vorgehen der Kanton-Regierung liegt die Tatsache zu Grunde, daß ein Dampfer der Reederei Rickmers vor einigen Monaten drei Junkers-Flugzeuge, die in Schweden hergestellt worden waren und 54 Riffen Gewehre, die aus Brinn stammten, nach Ostasien mit der Bestimmung für Hongkong und Macao geladen hatte. Die Kanton-Regierung hatte, nachdem sie von dieser Sendung, die im Endresultat für Kanton bestimmt war, erfuhr, mitgeteilt, sie würde in ihrem Bereich die deutschen Firmen boykottieren und hat die Reederei Rickmers gezwungen, den damals noch in Manila liegenden Dampfer nach Schanghai zu dirigieren. Die Reederei Rickmers hat daraufhin das Auswärtige Amt um Schutz ersucht. Das Auswärtige Amt hat sich jedoch unmißverständlich auf den Standpunkt gestellt, daß die deutsche Regierung Waffenlieferungen nach China mit Rücksicht auf die Folgen für den deutschen Handel in jedem Falle mißbilligt.

Politische Tageschau.

Reichsernährungsminister Schiele hat angesichts der Brotpreissteigerung in Berlin die Marktpreisfestsetzung beauftragt, die Preisbildung für Brot zu untersuchen und ihm darüber Bericht zu erstatten.

Nach den jetzt vorliegenden Feststellungen sind im Monat Juli rund 180 Millionen Mark weniger an Spargelbrenn einbezahlt worden, was merkwürdigerweise fast genau derjenigen Summe gleichkommt, die auch weniger an Steuern im selben Monat eingegangen ist.

Katzengeld der Septembereinkünfte in Preußen.

Der preussische Finanzminister hat nach Mitteilung der Deutschen Beamtenbund-Korrespondenz durch einen Erlaß bestimmt, daß die erste Rate der Dienst- und Versorgungsbezüge für den Monat September, soweit sie in bar zu leisten ist, am 31. August ausgezahlt wird. Ueberweisungen an den Empfänger dürfen nicht vor dem 29. August erfolgen. Wegen der Auszahlung der zweiten Septemberrate ergeht ein besonderer Erlaß.

Vor einem polnisch-russischen Nichtangriffspakt.

Während von russischer Seite die Nachricht über Verhandlungen mit Polen dementiert wurde, meldet jetzt die amtliche polnische Telegraphenagentur: In Verfolg des seit dem Jahre 1926 zwischen der polnischen Regierung und der Regierung der Sowjetunion über den Nichtangriffspakt gepflogenen Meinungsaustausch hat am 23. ds. Mts. der polnische Gesandte in Moskau, Patel, dem Volkstommisariat für auswärtige Angelegenheiten den Entwurf der polnischen Regierung über den Nichtangriffspakt überreicht. Dieser Entwurf ist den durch das Inkrafttreten des Kellogg-Paktes im Jahre 1929 geschaffenen Bedingungen angepaßt.

Zusammenstöße in Spanien.

Nach einer Meldung aus Madrid kam es in einer kleinen Ortschaft bei Pamplona zu Zusammenstößen zwischen nationalistischen Elementen, die unter Rufen: „Tod der Republik“ die Straßen durchzogen, und Kaffeehausbesuchern, in die die Polizei eingreifen mußte. Die Zusammenstöße zwischen Republikanern und Nationalisten wiederholten sich an verschiedenen Punkten der Stadt.

Wilde Gemeindegewerkschaft.

In Essen und Duisburg.

Essen, 25. August.

Am 22. August kam bekanntlich in dem Lohnstreik der Gemeindegewerkschaft eine Vereinbarung zustande. Gegen die dabei ausgesprochene Lohnkürzung wurde von radikaler Seite durch Anschläge protestiert, und gleichzeitig forderte man die Arbeiter zum Streik auf. Dieser Streikparole wurde in Essen nur im Gas- und Wasserwerk Folge geleistet, wo von 500 Arbeitern 300 die Arbeit niederlegten. Die Streikenden, unter denen sich fünf Betriebsratsmitglieder befinden, sind von der Stadtverwaltung freigeschlossen worden.

Im Duisburger Fuhrpark trafen am Dienstag 40 kommunistische Gemeindegewerkschaftler in den Streik. Die Arbeitswilligen wurden unter Bedrohung und Terror von der Arbeit zurückgehalten. Da die Arbeiten nicht unter ausreichendem polizeilichen Schutz ausgeführt werden können, werden von der Fuhrverwaltung sämtliche Arbeiten vorläufig eingestellt. Müllabfuhr und Straßenreinigung fanden nicht statt. Soweit bis jetzt festgestellt, sind von dem wilden Streik nur die Städte Duisburg und Essen betroffen worden.

Die Not im Winter.

Ein Aufruf der Industrie für ein Hilfswerk.

Berlin, 25. August.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände haben angesichts der für den kommenden Winter zweifellos in weiten Volksteilen zu erwartenden Not alle körperschaftlichen Mitglieder dringend aufgefordert, mit möglichst Beschleunigung dafür zu sorgen, daß überall da, wo ein Bedürfnis vorliegt, Volksteilen zur Abgabe von verbilligtem Essen an die erwerbslose und hilfsbedürftige Bevölkerung eingerichtet werden.

Nach dem Vorbild, das in verschiedenen Orten des Reiches bereits besteht, ist es zweckmäßig, daß diese Volksteilen von privater Seite gegründet werden. Wie im einzelnen vorzugehen ist, muß natürlich nach den lokalen Bedürfnissen entschieden werden. Die Verbände sollen sich dafür einsetzen, daß, neben der Sammlung von Geldmitteln, sich besonders geeignete Persönlichkeiten zur ehrenamtlichen Betätigung bei solchen Einrichtungen zur Verfügung stellen.

„Völkischer Beobachter“ erneut verboten.

München, 26. Aug. Nach einer Mitteilung der Polizeidirektion München wurde der „Völkische Beobachter“ mit sofortiger Wirksamkeit bis 1. September verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines Artikels von Rechtsanwalt Dr. Frank 2. Darin wiederholt der Verfasser gegenüber der Polizei den Vorwurf, daß sie bei dem letzten Verbot des „Völkischen Beobachters“ nicht ihrer Amtspflicht gemäß nach sachlichen Gesichtspunkten, sondern in parteipolitischen Ungeist gehandelt habe.

Besprechungen über die Reichsreform.

Berliner Blätter berichten, daß der Reichskanzler seine Reise nach Stuttgart zu der Fraktionsversammlung des Zentrums gleichzeitig dazu benutzen wird, mit dem württembergischen Landtag und dem badischen Ministerpräsidenten sowie mit Vertretern des Zentrums aus den übrigen deutschen Ländern über eine Reihe aktueller Themen zu verhandeln, darunter auch über die verschiedenen Bestrebungen zur Verwirklichung der Reichsreform. Wie die „D.N.Z.“ wissen will, soll zwischen dem Reichskanzler und den beiden genannten Ministerpräsidenten über die Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern grundsätzliche Uebereinstimmung bestehen.

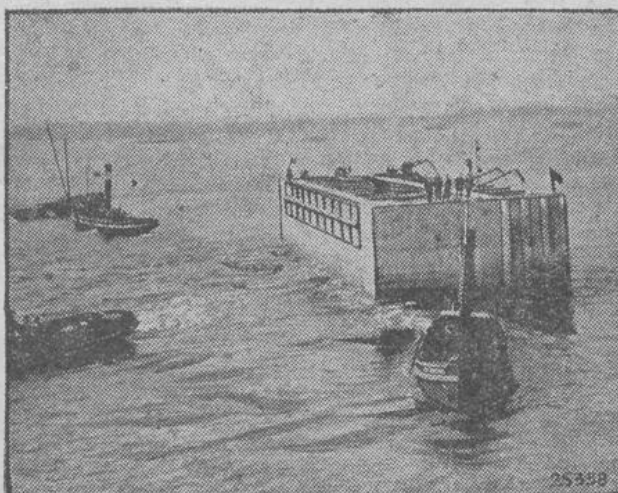
Die Verwertung der Kartoffelernte.

Berlin, 26. August.

Einer Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressebüros kann entnommen werden, daß wie im Vorjahr auch jetzt wieder das preussische Landwirtschaftsministerium bei der Reichsregierung angeregt hat, es möge, um die Kartoffelernte einer nützlichen Verwertung zuzuführen, durch weitergehende Verwendung von Spiritus zu Treibstoffzwecken, eventuell durch Hinaussetzung des Bezugszwanges, ein größerer Bedarf an Kartoffeln erzielt werden.

„Do X“ nach Charleston gestartet.

Miami, 26. August. Das Flugschiff „Do X“ ist am Dienstag nach Charleston (Südcarolina) gestartet.



Eine schwimmende Kaimauer.

Um bei dem Bau einer neuen Kaimauer in Rotterdam die Fundamentierungsarbeiten zu sparen, hat man einfach große, dünnwandige Betonkästen gebaut, die an die Baustelle geschleppt und dort mit Beton gefüllt werden, so daß sie versinken. Hierauf wird dann die eigentliche Mauer errichtet.

Aus der Heimat

Mittwoch, den 26. August 1931

Ein Notruf des Handwerks und Gewerbes.

Der Verband der Gewerbevereine der Kreise Siegen und Wittgenstein schreibt uns:

Alle Volksteile befinden sich, soweit sie auf den täglichen Erwerb ihres Brotes angewiesen sind, in größter Not. Scheinbar ist aber bis jetzt nicht offenkundig geworden, wie in Wirklichkeit die Lage im Handwerk und Gewerbe aussieht. Von der Zahl der beschäftigungslosen Handwerker oder Gewerbetreibenden sprechen keine Statistiken; nur vereinzelte Tageszeitungen weisen gelegentlich auf die ungeheure Notlage des Handwerks und Gewerbes hin. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn behauptet wird, daß heute jeder dritte oder vierte Handwerker und Gewerbetreibende nicht mehr das zu seinem Lebensunterhalt notwendige Geld verdienen kann, und daß Kontur, oder zur Abwendung des Konkurses Vergleich, als Schreckgespenst vor den Türen bald jedes gewerblichen Mittelständlers stehen. Trotzdem könnte das taufende Publikum wesentlich zur Besserung dieser Verhältnisse beitragen.

Bekannt ist, daß Handwerker und Gewerbetreibende Millionen und Abermillionen Erwerbslosen immer beigestanden haben durch Kreditverkäufe, um den notleidenden Volksgenossen über die schwere Zeit hinwegzuhelfen. Nunmehr sind aber die schwachen Mittel des Handwerks und Gewerbes erschöpft. Die Außenstände haben ein unerträgliches Ausmaß erreicht, und leider kann in mehr als der Hälfte der Fälle überhaupt nicht mehr mit dem Eingang des Geldes gerechnet werden. Der Nichteingang der Außenstände bedeutet aber den Ruin von Handwerk und Gewerbe. Es ergeht deshalb aus diesen Kreisen der Notruf an alle Käufer: „Zahlt eure Ware in bar, und zahlt eure Rückstände, oder reduziert die Rückstände wenigstens auf ein erträgliches Maß!“ Es muß Verständnis dafür aufgebracht werden, daß Handwerk und Gewerbe bei dem besten Willen nicht mehr in der Lage sind, Kredite in dem Ausmaße wie bisher zu geben. Sie können es nicht mehr, weil die Lieferanten ebenfalls vor Zahlung drängen und dem nicht blinzelnd zahlenden Handwerker oder Gewerbetreibenden rücksichtslos die Klage ins Haus schicken. Schon mancher ist durch Gutmütigkeit seinen Käufern gegenüber um sein Vermögen gekommen, um seinen Verdienst, um seine Stellung, und wurde mit samt Familie von Haus und Hof vertrieben. Vielleicht mangelt es bei vielen Käufern auch nur an dem guten Willen sofort zu zahlen; es muß auch nicht von außerhalb gekauft werden, es muß nicht der auswärtige Lieferant in bar bezahlt werden, wenn alles am Ort gekauft werden kann. Es ist zum mindesten unheimlich, wenn der fremde und vor allen Dingen der heimatsferne Lieferant in bar bezahlt wird, und den bekannten und ortseingeweihten Handwerker oder Gewerbetreibenden läßt man warten und trägt dadurch zu dessen Untergang bei. Zwischen Handwerk, Gewerbe und Arbeitnehmerschaft bestand seither engste Verbundenheit; diese Verbundenheit darf durch Nachlässigkeit oder Gedankenlosigkeit nicht aufgelockert werden, sie würde sonst zum Ruin dieser Berufsgruppe beitragen, denn wo kein Verdienst ist, können keine Steuern bezahlt werden, und aus Steuern und Abgaben werden bekanntlich die Vermögen der Armen unterhalten. Verständnisvolle Würdigung des Notrufes des Handwerks und Gewerbes trägt zur Beruhigung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bei. Darum beherzige jeder diese von dem gewerblichen Mittelstand an die Öffentlichkeit ergehende Mahnung; die Mahnung ergeht in beiderseitigem Interesse.

Unser neuer Roman.

Das Lebensschicksal zweier deutscher Männer, die nach Brasilien ausgewandert und — gänzlich verschiedener Natur — sich dort nach harten Kämpfen durchringen, wird in unserem morgen beginnenden neuen Roman, „Firma Müller in Sao Paulo“ geschildert. Auch aus unserer Heimat hat ja bekanntlich vor kurzer Zeit wieder ein Laasphäer die weite Fahrt nach Brasilien angetreten, um dort eine Stellung zu übernehmen. Der Ausschmitt, den der Verfasser Dietrich von Hanstein aus dem Leben der Deutschen dort brühen gibt, dürfte daher hier besonders interessieren. Wir hoffen, daß der neue Auswandererroman, in dem auch die Liebe zu einem jungen Mädchen eine wesentliche Rolle für die Romanhandlung spielt, unseren Lesern gefallen wird.

—* Keine Aufhebung des Verzugszuschlags. Vom Reichsfinanzministerium wird amtlich mitgeteilt, daß eine Aufhebung der Verzugszuschläge für Steuerrückstände im Hinblick auf die Finanzlage des Reiches noch nicht in Betracht kommt, daß die Finanzämter aber zu einer liberalen Auslegung der geltenden Bestimmungen verpflichtet sind. — In einer amtlichen Mitteilung werden weiter mehrere Abänderungen der Steueramnestieverordnung bekannt gegeben, die in der Hauptsache Milderungen und Fristverlängerungen bringen. Danach ist die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärungen 1931 sowie die Frist für die Steueramnestie bis zum 16. September 1931 verlängert worden, und die Steueramnestie ist in der neuen Verordnung auf die Umsatzsteuer und Erbschaftsteuer (einschl. Schenkungssteuer) ausgedehnt worden.

Bessere Zeiten? Eine hoffnungsvolle Prophezeiung gibt uns ein Astrologe, dessen Vorhersagen schon oft eingetroffen sind. (?) Danach werden wir den Tiefstand der Wirtschaftskrise noch in diesem Monat überschreiten. 1932 und 1933 werden starken Aufschwung bringen. 1933 wird ein Krieg außerhalb unserer Grenzen uns als Nukleus sehen. (Leider verweigert der Prophet, wo sich der Krieg abspielt und was für uns dabei herauskommt. Schriftl.) In fünf Jahren wird der große Umsturz Auslands erfolgen. Von da ab soll Deutschland eine neue Blütezeit („einen steilen Aufstieg“, wie er sagte) erleben. In zwei Jahren sei der Versailles-Vertrag erledigt. — Anmerkung der Schriftleitung: Man wird vorerst gut daran tun, seine Dispositionen nicht allzu sehr nach dieser verlockenden Zukunft zu treffen. Schon so mancher, der mindestens ein Auge für die Zukunft zu haben glaubte, hat mit seinen Prophezeiungen kläglich Schiffbruch erlitten. Wir glauben auch, daß Reichskanzler Brüning hiernach seine Ansicht nicht ändern würde, wonach der wirtschaftliche Tiefstand noch nicht erreicht sei. Diese Prophezeiung ist entschieden zu schön, um wahr zu werden.

at

werbes.

eife Giegen

15. Sơn tảo-

größter Not.

worden, wie
marke, aus-

Handwerker

n; nur ber-
auf Sie un-

hin. Es ist

Heute jeder
kann es nicht

2. Geld ver-

endung des
San. Tünnen

Trotzdem

Besserung

rhetorische

immer bei-

notleidenden
elfen. Nun-

Stierfels und

n unerträglich
als der

Eingang des

der Außen-
d. Gemeinhe

ruf an alle

Rückstände,
ein erträn-

bracht wer-

sten Willen
dennoch wie

eil die Sie-

nicht pünkt-

er ist durch

Vermögen

leben. Ziel-

Dem guten
außerhalb

Lieferant in

werden kann.
So und her

bezahlt wird,

verster oder
Sachverhalt

berufliche und

enheit; diese
Sonderliebe

zum Ruin

Berdienſt iſt,
Eduardus, und

Steuern und
Einkommen unter-

des Hand-

erzige jeder

Die Bülowplatz-Morde aufgeklärt.

Berlin, 26. Aug. Die Ermordung der zwei Polizeioffiziere am Bülow-Platz ist, wie die Polizei mitteilt, restlos geklärt. Von den in dieser Angelegenheit Verhafteten steht bei fünf fest, daß sie am Bülow-Platz geschossen haben.

Von politischen Gegnern niedergeschossen.

Berlin, 26. August. Auf der Landsberger Chaussee in Berlin-Hohenschönhausen wurde in der Nacht gegen 2 Uhr ein schwerer politischer Überfall verübt. Der 31 Jahre alte Elektrotechniker P., der sich auf dem Heimwege befand, wurde von zwei Radfahrern als Nationalsozialist erkannt und angegriffen.

Mit den Worten: „Tod den Faschisten!“ gaben sie mehrere Schüsse auf den Nationalsozialisten ab. Mit einer schweren Schußverletzung am rechten Oberarm wurde der Überfallene ins Krankenhaus Weißensee eingeliefert. Die beiden Täter sind auf ihren Fahrrädern entkommen.

Herbst-Flugdienst 1931.

Die Flugpläne der Deutschen Luft Hansa.

Berlin, 25. August.

Am 1. September tritt für sämtliche europäischen Luftverkehrsgesellschaften der Herbstflugplan in Kraft. Der Flugplanwechsel erfolgt, um das Liniennetz den der sommerlichen Hauptreisezeit veränderten Verkehrsbedürfnissen anzupassen und um auf vielen Linien die Flugzeiten der verkürzten Tagesspanne anzugleichen, so auch auf den Strecken Freiburg-Stuttgart, Freiburg-Konstanz und Freiburg-Baden-Baden-Karlsruhe-Mannheim-Frankfurt a. M. Die Luft Hansa vermittelt den Verkehr nach 26 ausländischen Großstädten; gleichzeitig behalten 39 deutsche Städte Anschluß an das internationale europäische Luftnetz. Neben 41 Strecken mit Passagierbeförderung hält die Luft Hansa auch auf fünf Spezialstrecken den

Post- und Güterdienstverkehr

nach England, Holland, Skandinavien und den Balkanländern aufrecht, da erfahrungsgemäß gerade in den Herbstmonaten die Frachtbeförderung erheblichen Umfang annimmt. Während des Monats September beträgt die tägliche Flugleistung der Luft Hansa-Flugzeuge rund 40 000 Kilometer. Im

Verkehr nach dem Auslande

werden nach wie vor gute, zeitparende und teilweise sogar mehrmalige Verbindungen während des Tages aufrecht erhalten, ebenso bieten sich im innerdeutschen Verkehr weiterhin sehr günstige Reisebedingungen. Auf den Strecken Berlin-Köln-Paris sowie Berlin-Königsberg-Moskau bzw. Leningrad wird der Sonntagsflugdienst bis Ende September durchgeführt.

Als besonders wertvoll erweist sich in den kommenden Monaten die Nachtbeförderung auf den großen internationalen Linien Berlin-London und Berlin-Paris, so daß man bei der Flugplangestaltung für diese Strecken auf die Verkürzung der Tagesspanne keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht.

Die bereits im Sommer gegenüber dem Vorjahre erheblich verbilligten Tarife bleiben weiterhin in Kraft, so daß in vielen Fällen die Reise mit dem Flugzeug kaum noch wesentlich teurer als eine Eisenbahnfahrt zweiter Klasse ist. Die zu Beginn des Jahres eingeleitete

Senkung der Personentarife

hat in den ersten sieben Monaten trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise erfreulicherweise die Passagierzahl gegenüber dem Vorjahre um rund acht Prozent gesteigert. Ab 1. September werden für einige Linien die Flugpreise erneut ermäßigt.

Schmerzlicher Verlust.

Die Deutsche Sportbehörde für Leichtathletik verliert 80 000 Mark.

Berlin, 26. August.

Der „Volksanzeiger“ berichtet von der Gläubigerversammlung des vor kurzem zusammengebrochenen Münchener Bankhauses Kuderer u. Lang, bei der nach Ansicht des Blattes durch die Wahl des Geschäftsführers der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik, Häfner, in den Gläubigerausfluß bekannt wurde, daß die Deutsche Sportbehörde bei dem zusammengebrochenen Bankgeschäft auf Kontokorrentkonto 160 000 Mark angelegt hatte.

Der Status der zusammengebrochenen Bank läßt höchstens eine Quote von 50 Prozent erwarten, so daß nach Ansicht des Blattes schon heute die Sportbehörde für Leichtathletik mit einem Verlust von 80 000 Mark rechnen muß. Wie es in der Meldung weiter heißt, sind die 160 000 Mark das gesamte Vermögen, das die Deutsche Sportbehörde für Leichtathletik beiseite hat.

Kotainschmuggler.

Fünf Verhaftungen in Köln.

Beamten der Kölner Kriminalpolizei gelang es, fünf Kotainschmuggler festzunehmen. — Zu diesen Festnahmen berichtet der „Kölner Stadtanzeiger“ folgende Einzelheiten: Die Verhaftung geschah höchst unauffällig im Kölner Hauptbahnhof im Wartesaal erster Klasse, vor dem Wartesaal und auch noch vor dem Hauptbahnhof, wo der von den Schmugglern benutzte Kraftwagen hielt, mit dem zwei der Verbrecher im letzten Augenblick zu entweichen suchten. Unter den Festgenommenen befinden sich vier Köln-Nülheimer, darunter auch ein junges Mädchen aus unbekannter Familie.

Der Haupttäter scheint ein stiller Kaufmann zu sein, dem man einen Handkoffer mit versiegelten Paketen abnahm. Diese Pakete sollen angeblich 1200 Gramm Kotain im Werte von mindestens 10 000 Mark enthalten, die der Kaufmann von dem „großen Unbekannten“ lediglich zum Absatz an einen angeblich aus Saarbrücken gekommenen Käufer bekommen haben will. Natürlich muß noch chemisch nachgeprüft werden, ob der Inhalt der versiegelten Pakete tatsächlich aus reinem Kotain besteht, was an sich eine ganz ungeheure Menge Kaufschiffe darstellen würde.

Die längsten Eisenbahnen.

Die transsibirische Eisenbahn der längste Schienenstrang.

Den größten Schienenstrang der Welt weist Rußland auf: Von der Ostgrenze in Sibirien bis zur Westgrenze beträgt die Länge der Eisenbahnlinie des Transsibirien-Express mehr als 10 000 Kilometer. Über Berlin-Paris bis Lissabon erhält dieser Schienenstrang die Länge von 12 000 Kilometer. Das ist die größte Eisenbahnlinie der Welt.

Es besteht die Absicht, die Kairo-Kap-Bahn, die ganz Afrika durchqueren soll und eine Länge von fast 10 000 Kilometer erhalten wird, an das große europäisch-asiatische Eisenbahnnetz anzuschließen, so daß ein Schienenweg, zwar nicht in direkter Verbindung, aber mit den Anschlußmöglichkeiten, die drei Erdteile Asien, Europa und Afrika durchschneiden und die Länge von mehr als 20 000 Kilometer haben wird.

In Amerika ist die bedeutendste Linie die „Southern Pacific Railway“, die mit ihren Anschlußstrecken New York, New Orleans, Los Angeles, eine Länge von 6250 Kilometer hat. Nur 250 Kilometer kürzer ist die Linie „Canadian Pacific Railway“, ebenso lang ist die „Atchafalpa Topela und Santa Fe Railway“, die „Atlantic und Pacific Railway“ mißt 6000 Kilometer, sie verbindet New York mit San Francisco. Die gleiche Länge hat eine australische Eisenbahn „Continental Line“, 200 Kilometer weniger mißt die Linie der amerikanischen „Union und Zentral Pacific Railway“ mit ihren Anschlußstrecken nach Chicago und San Francisco. Die „Northern Pacific Railway“ dehnt sich über 5200 Kilometer aus.

Die Strecke, die der Orientexpress über Paris und Konstantinopel hat, hat eine Ausdehnung von 3100 Kilometer. Europa und Amerika sind die eisenbahnreichsten Erdteile, während Asien, Australien und besonders Afrika dahinter zurückbleiben. Eine besonders wirtschaftlich wichtige Eisenbahnstrecke ist die Bagdadbahn in Asien, die eine Fortsetzung der anatolischen Eisenbahn ist und von Konstantinopel-Bagdad-Basra zum Persischen Meerbusen führt und eine Länge von rund 2500 Kilometer hat. Insgesamt gibt es auf der Erde 10 Eisenbahnlinien, die größer sind als 2000 Kilometer.

Schweine in den Straßen von Paris.

„Idylle“ in früheren Zeiten.

Wer heute durch die asphaltglänzenden Straßen der Seinestadt Paris schreitet, umflutet von einem Lichtmeer, umtobt von dem gewaltigen Faktor Verkehr, der kann sich die Zeiten nicht vorstellen, zu denen der Satz: „Die Straße dient dem Verkehr“ keine Gültigkeit hatte.

Zu Lebzeiten des Königs Philipp August mußten derart ideale Straßenverhältnisse herrschen, daß der edle Monarch, wie die Chronik berichtet, eines Tages, als er aus dem Fenster seines Palastes schaute, ohnmächtig wurde von den lieblichen Düften, die von der Straße heraufstiegen.

Paris mit seinen damals 120 000 Einwohnern hat im 12. Jahrhundert ein Straßenbild, das selbst den geringsten hygienischen Anforderungen hoptete. Ungepflasterte Wege, von Schweinen, Hunden und Katzen bevölkert! Die Straßen kaum passierbar und voll Unrat. Verschiedentlich wurde die Pflasterung auf höhere Reifung vorgenommen, allerdings ohne großen Erfolg, weil sie nie erneuert wurde. Eine Straßenbeleuchtung existierte nicht. Wer nach Einbruch der Dunkelheit etwas besorgen mußte, ließ sich mit Fackeln oder Windlichtern den Weg beleuchten oder trug selbst die Laterne vor sich her. Nur, wenn man hohen Besuch erwartete, erging die Anordnung, die Häuser durch Heraushängen von Laternen zu beleuchten.

Aus dem Jahre 1532 meißelt der Chronist, daß nach einer verheerenden Pestepidemie die Abfuhr von Straßenschmutz und Unrat geregelt wurde. Damals erging auch die denkwürdige Anweisung, in den Häusern „Abfallsorte“ und „Senkgruben“ herzustellen! — Der Gestank der offenen Kanäle verpestete jedoch die Stadt bis in das 17. Jahrhundert hinein. In der Mitte der Fahrbahn floß der Rinnstein mit seinen „Gerüchen“, und wer diesen Ausdünstungen entgegen wollte, mußte dicht unter den Bürgerfronten gehen, wobei er allerdings Gefahr lief, einen Guß „von oben her“ zu erhalten.

Erst zu Ende des 18. Jahrhunderts legte man Bürgersteige an, führte eine Art Straßenreinigung ein und stellte eine Straßenbeleuchtung her. — Das war Paris vor Jahrhunderten! Auch in anderen Ländern lagen die Verhältnisse nicht besser. In Tuttingen soll es beispielsweise so schmutzig gewesen sein, daß man im Jahre 1485 Kaiser Friedrich dringend von einem Besuch abriet. Im gleichen Jahre veranlaßte der Kaiser in Reutlingen beinahe mit seinem Pferd im Straßenschmutz.

Wenn wir Leute mitunter über den Staub auf der Straße klagen und über „mangelnde Straßenreinigung“ schimpfen, so sollen wir an diese Zustände denken und uns freuen, daß wir nicht in einer Zeit lebten, in welcher das Wort „wachen“ oder „baden“ noch fast als Beleidigung galt!



Die Vorgänge auf Festung Gollnow.

Gegen den Leutnant Scherzinger, der gemeinsam mit Oberleutnant Wendt und Leutnant Rüdiger auf der Festung Gollnow eine längere Festungsstrafe wegen Hochverrats verbüßte, ist ein neues Hochverratsverfahren eingeleitet worden, weil er aktive Reichswehroffiziere zur Bildung einer „Roten Armee“ aufgefordert hatte. — Oberleutnant Wendt ist während eines Stadtausfluges geflüchtet. — Links: Scherzinger, rechts: Wendt.

Für die vielen Glückwünsche zu unserer Verlobung herzlichen Dank.

Emmi Schäfer

Dr. Hans Schmidt.

August 1931.

Grummetverkäufe.

Die Grummetnutzung auf den nachbenannten fürstlichen Wiesen soll öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung wie folgt verkauft werden:

1. Domäne **Saßmannshausen**, am **Freitag den 28. August**, vormittags 9.15 Uhr im Erbarch anfangend;
2. **Herrnwiefe**, am **Sonntag den 29. August**, vormittags 9.15 Uhr oberhalb Friedrichshammer anfangend.

Wittgenstein, den 20. August 1931.

Fürst Wittgenstein'sche Rentkammer.

Buntes Allerlei.

Geburtenabnahme nur in Deutschland und Norwegen.

Im Jahre 1930 nahmen die Geburten gegen 1929 fast in allen europäischen Ländern wieder zu, nachdem 1929 die Gruppepidemie und die starke Kälte des Winters die Geburtenzahl allenthalben sehr herabgedrückt hatten. Eine allseitige Ausnahme machen Deutschland und Norwegen, deren Geburtenzahl 1930 noch geringer war als 1929. Die stärkste Zunahme zeigten Italien, Polen und Frankreich. Bei letzterem betrug die Zunahme 20 000 Geburten und war damit sogar höher als im Jahre 1927. Die Zahl der polnischen Geburten nähert sich mehr und mehr derjenigen der deutschen; Polen: 1 015 834, Deutschland: 1 126 829. Dabei ist die polnische Bevölkerung halb so groß wie die deutsche. Rechnet man die Geburten auf 1000 Einwohner, so hatte Deutschland mit 17,5 Geburten auf 1000 zum ersten Mal Frankreich unterschritten (18,1). Die bisherigen Zahlen aus dem Jahre 1931 lassen erkennen, daß wir in Deutschland infolge der Wirtschaftskrise einem neuen Geburtenrückgang entgegensehen. Die Sterblichkeit war 1930 im allgemeinen recht niedrig, infolgedessen auch der Geburtenüberschuß, der für ganz Europa auf 3,1 Millionen geschätzt werden kann.

Allerlei Verkehrsneuigkeiten.

Die österreichische Postverwaltung hat im Jahre 1930 650 Millionen Briefe, 18,9 Millionen Pakete und 276 Millionen Zeitungen befördert. — Das Untergrundbahnnetz New Yorks ist 347 Kilometer lang. Im Jahre 1925 wurde der Bau von weiteren 88 Kilometern geplant; hiervon sind bis heute 60 Prozent fertiggestellt. Nach Abschluß dieses Bauprogramms werden weitere 160 Kilometer gebaut werden. — Die Betriebskosten des Flugpostdienstes der Vereinigten Staaten beliefen sich 1930 auf über 20 Millionen Dollars. Die Anzahl der Linien betrug 122, der Flugzeuge 600, der Piloten 675, Länge der Flugpostlinien 67 000 Kilometer. Ende 1930 war die Nachtbeförderung auf 24 600 Kilometer eingeführt und für weitere 5200 Kilometer im Bau.

Die Erfindung der Briefmarke.

Die Erfindung der Briefmarke geht auf den Engländer Rowland Hill zurück, der im Jahre 1836 eines Tages auf einer Reise in ein Wirtshaus in einiger Entfernung von London kam und hier bemerkte, daß das junge Dienstmädchen, dessen Bräutigam in London wohnte, Mühe hatte, Briefe an ihn abzuhängen, da der Bote jedesmal einen Schilling kostete. Rowland Hill merkte aber auch, daß das Brautpaar eine Methode erfunden hatte, Geld zu sparen und doch in Verbindung zu bleiben. Wenn nämlich das junge Mädchen einen Brief aus London bekam, gab sie ihn dem Weberbringer zurück mit dem Bescheid, daß sie kein Geld hätte, ihn zu bezahlen. Rowland Hill sah aber in der einen Ecke des Briefes geheimnisvolle Zeichenschrift und auf diese erfuhr das Mädchen, daß es seinem Bräutigam gut gehe, sobald es den Brief zurückgab und ihn nicht zu bezahlen brauchte. Da durch kam Rowland Hill auf den Gedanken, eine billige Marke herzustellen, die auf den Brief geklebt wurde als Zeichen, daß er bezahlt war, und dieses System hat dann den Siegeszug durch die ganze Welt angetreten.

Allerlei Wissenswertes.

Alle Bäume ohne Ausnahme können ein Alter erreichen, dem gegenüber das Alter des Menschen fast klein erscheint. Die Ulme zum Beispiel bringt es durchschnittlich auf 300 Jahre, die Eiche auf 170, die Birke auf 200, die Eibe auf 210, die Buche auf 245, die Lärche auf 570, die Silberanne auf 425, die Kiefer sogar auf 700 Jahre. Unsere gute deutsche Eiche wird von den Laubbäumen am ältesten, nämlich etwa 500 Jahre. Sie steht zwar manchmal noch einige Jahrhunderte länger, aber mit 500 Jahren beginnt gewöhnlich das Herz zu faulen und der Baum trinkt von da ab mehr und mehr.

Die Vogelwarte Rossitten hat eine Zählung der besetzten Storchennester für Preußen und in ganz Deutschland angeregt, um die Ursachen zu ergründen, die zu der starken Minderung dieser Vogelart geführt haben. Wie stark der Rückgang ist, beweist, daß z. B. in Ostpreußen bei der letzten Zählung nur noch 8574 besetzte Storchennester vorhanden waren, während sieben Jahre vorher die Zahl sich auf 13 565 stellte.

In der Charite in Berlin wurde kürzlich die größte und stärkste Röntgenanlage der Welt aufgestellt. Mit dieser Anlage, die mit einer Maximalspannung von 600 000 Volt arbeitet, ist es möglich geworden, Strahlen zu erzeugen, die denen des Radiums nahekommen, was für die Krebsforschung wie überhaupt für die medizinischen Probleme von größter Bedeutung ist.